

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1915**

329 (20.7.1915) Abend-Ausgabe

# Badischer Beobachter

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Fernsprecher 585

Postfach: Karlsruhe 424

**Erkenntnis während des Krieges an allen Werktagen in zwei Ausgaben - Bezugspreis:** In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich M. 2.90. Von der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Auswärts (Deutschland) Bezugspreis durch die Post M. 3.30 vierteljährlich ohne Bestellgeld, bei Vorauszahlung. Bestellungen in Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz, Italien bei den Postanstalten. Hebräisches Ausland (Welpolverein) M. 9.50 vierteljährlich durch die Geschäftsstelle. Bestellungen jederzeit, Abbestellungen nur auf Vierteljahrsfrist.

Notationsdruck und Verlag der „Badenia“, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe Albert Hofmann, Direktor

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Th. Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wähl  
Sprechstunden: von halb 12 bis 1 Uhr mittags

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Franz Weiffer in Karlsruhe

### F. Das Kohlsyndikat und der Staat.

„In der Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf der Bekanntmachung über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau die Zustimmung erteilt.“ So meldete das W.L.B. amtlich am 12. Juli. Nur wenige mögen sich der Tragweite dieser kurzen Nachricht im ersten Augenblick bewusst gewesen sein. Und doch bedeutet sie unter Umständen eine neue Ära in der Kartellpolitik des deutschen Reiches. Vergessen ist bisher von Kennern unseres Wirtschaftslebens innerhalb und außerhalb des Reichstages ein Kartellgesetz gefordert worden, das dem Staate einen Einfluß auf die Kartelle sichern sollte, jenen Organisationen, die nach einer treffenden Definition v. Weizsäcker die Tendenz haben, durch Beschränkung der Konkurrenz und Marktbeherrschung eine den Beteiligten vorteilhafte Befestigung des Warenmarktes zu erzielen. Wie aus diesen Worten hervor geht, wird den Kartellen eine rein privatwirtschaftliche Aufgabe unterzogen — sie haben den Zweck, die Rechte der kartellierten Unternehmer durch mögliche Monopolisierung des Marktes zu sichern. Die Monopolisierung ist aber noch immer mit einer Preiserhöhung der kartellierten Produkte verbunden gewesen — die monopolistische Preispolitik der mächtigsten Kartelle in Deutschland ist fast berüchtigt geworden.

Dieser privatwirtschaftlichen Tendenz sollte durch die Einführung des Staates eine volkswirtschaftliche und soziale entgegen gesetzt werden, die den privatwirtschaftlichen Zweck der Kartelle mit dem Wohle der Gesamtheit vereint. Die Kartelle haben zweifellos eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen und sie haben sie nach einer Richtung auch zum Teil erfüllt — sie sind das Korrektiv unserer wirtschaftsliberalen Grundzüge, aus dem Unhaltbarkeit dieser selbst erwachsen. Aus dem Mangel jeder Organisation der Produktion hat sich eine wilde Gefühlskurve entwickelt, die dem Wirtschaftsleben die tiefsten Wunden geschlagen hat. Das Angebot hatte jedes Augenmerk für die wirkliche Nachfrage verloren. Auf die Zeiten einer Hochkonjunktur folgten regelmäßig solche einer Unterproduktion, die die volks- und privatwirtschaftlichen Früchte jener zum großen Teil wieder vernichteten. Die vollkommensten unserer Kartelle — das Kohlsyndikat, der Stahlwerksverband und das Abofenkartell — haben die Produktion wieder organisiert, haben Angebot und Nachfrage durch Kontingentierung der Produktion in glücklichen Einklang gebracht. Dieses Verdienst ist ihnen unbefristet und es ist so groß, daß es die Existenzberechtigung der Kartelle genugsam darzulegen hat. Wenn die Kartelle trotzdem zum Teil sehr heftig angefeindet worden sind, so hat das in ihrer Preispolitik und in ihrer Politik gegen Außenleiter, d. h. solche, die dem Kartell nicht angehören, seine tiefste Ursache.

Das wirtschaftlich bedeutsamste Kartell in Deutschland ist zweifellos das Kohlsyndikat. Es hat es verstanden, den wichtigsten industriellen Rohstoff — die Kohle — fast nahezu zu monopolisieren. Damit hat es einen überaus großen Einfluß auf die ganze Volkswirtschaft erhalten, aber auch eine weitreichende Bedeutung für den kleinsten Konsumenten. Seine volkswirtschaftliche Aufgabe — die Vereinigung zwischen Produktion und Nachfrage — hat es glänzend gelöst. Seit Bestehen des Kohlsyndikats ist der Bergbau vor jeder Wirtschaftskrise verschont geblieben. Es hat diese volkswirtschaftliche Aufgabe in so muster-gültiger Weise gelöst, weil sie mit der Verfolgung seiner privatwirtschaftlichen Interessen aufs engste verknüpft ist. Die Vermeidung jeder Überproduktion war die erste Bedingung, um eine befriedigende Preisgestaltung zu erzielen. Gerade die Preispolitik des Kohlsyndikats hat aber oft mit Recht den schärfsten Widerspruch hervorge-rufen. Das eine muß man zugeben: seit Bestehen des Kohlsyndikats ist eine gewisse Stabilität in der Preisgestaltung unwiderrücklich zu erkennen. Die ungeheuren Preisschwankungen zwischen den Zeiten der Hochkonjunktur und denen wirtschaftlichen Niederganges, die schließlich die Grundlagen des Bergbaues zu erschüttern drohten, haben aufgehört. Eben dadurch aber hat das Kohlsyndikat die Preise doch auf einem höheren Durchschnitt gehalten, als es bei freiem Wettbewerb möglich gewesen wäre. Wenn diese Tatsachen auch für die verschiedenen Industrien — besonders die großen Kohlenkonsumenten wie die Eisenindustrie — im ganzen nicht ungenügend gewirkt haben, weil sie auf verhältnismäßig große Zeiträume hinaus mit bestimmten Rohstoffpreisen rechnen konnten, so ist doch der Umstand von ihnen sowohl wie von dem

kleinen privaten Konsumenten recht hart empfunden worden, daß in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges das Kohlsyndikat der Preisgestaltung der übrigen Produkte zu wenig Rechnung getragen und auch da die Preise übermäßig hoch gehalten hat. Das war so nach der Hochkonjunktur des Jahres 1907 und erst recht nach der des Jahres 1912. Es ist wohl möglich, daß die Ueberproduktion und Preissteigerung in den übrigen Industrien durch diese Preispolitik nicht den Umfang angenommen hat, den sie sonst angenommen hätte, und daß auf diese Weise die wirtschaftliche Depression etwas rascher überwunden worden ist — man wird diese Wirkung aber nicht zu hoch einschätzen und nicht vergessen dürfen, daß sie die Lage der anderen Industrien in solchen Zeiten außerordentlich erschwert hat.

Durch seine Preispolitik hat sich das Kohlsyndikat nicht nur die Sympathien vieler verdorzt — vielleicht in einem größeren Maße, als es der Gerechtigkeit entspricht —, es hat, und das berührt das Syndikat jedenfalls mehr als jenes, seine Monopolstellung dadurch selbst gefährdet. Die Lage des Kohlenbergbaues hat sich seit Bestehen des Kohlsyndikats gewaltig gehoben. Die Politik des Syndikats kam auch den Außenleitern zugute — kein Wunder, daß die von Außenleiter geforderte Kohlenmenge mehr und mehr anwuchs, denn der Außenleiter braucht nicht zu den sehr beträchtlichen Kosten des Syndikats beizuführen, hat aber ohne das alle die Vorteile auf dem Marke, die das Syndikat seinen Mitgliedern bietet. Die Produktion der Außenleiter ist so groß geworden, daß sie heute die Erneuerung des Kohlsyndikats, das am 31. Dezember 1915 abläuft, in Frage stellt. Die Schwierigkeiten der Erneuerung liegen allerdings auch noch auf einem anderen Gebiete. Die Vertretung der schweren Industrie hat unter der Herrschaft des Kohlsyndikats ungeheure Fortschritte gemacht. Um von diesem unabhängig zu sein, gliederten sich Hochofen- und Stahlwerke eigene Werke und Werke an. Inwieweit die erhöhte Wirtschaftlichkeit der Betriebsweise der gemischten Betriebe allerdings zu dieser Entwicklung beigetragen hat, kann hier nicht erörtert werden — auf jeden Fall wird man sich sehr hüten müssen, die Schuld an der Vertiefung der schweren Industrie dem Kohlsyndikat allein aufzählen zu wollen.

Der mächtigste Außenleiter des Kohlsyndikats ist der preussische Staat. Verschiedentlich suchte er Einfluß auf die Politik des Kohlsyndikats zu erhalten. Schon die Vermehrung seines Bergwertbestandes ist auf dieses Streben zurückzuführen — es gelang ihm damit nicht, was er wollte; dann trat er dem Syndikat selbst als Mitglied bei, mußte aber bald seine Dummheit erkennen und zog sich zurück. Bei den nun schon seit Monaten schwebenden Verhandlungen über die Erneuerung des Kohlsyndikats nahm auch Preußen teil, und es ist bekannt, daß es ihm wieder betreten wollte. Zu einem Ergebnis haben diese Verhandlungen bisher nicht geführt; der Bestand des Kohlsyndikats ist bis heute noch nicht gesichert. Die Gegensätze zwischen den reinen und gemischten Betrieben innerhalb des Syndikats sind so groß, als daß sie überbrückt werden könnten. Selbst wenn dies aber möglich wäre, würde die große Anzahl von Außenleitern mit ihrer stark wachsenden Kohlenförderung den Bestand des Syndikats gefährden, wenn es nicht gelang, sie in dieses hineinzubringen. Und das scheint nun nicht gelingen zu sein. Um die gewaltigen Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch die Auflösung des Kohlsyndikats zu verhindern, erteilt nun der Bundesrat den Landeszentralbehörden bloß die Ermächtigung, die Besitzer von Steinkohlenbergwerken und Braunkohlenbergwerken ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, „denen die Regelung der Förderung, sowie der Absatz der Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaft obliegt“. Dem Staat werden in der Verordnung gewisse Aufsichtsbefugnisse eingeräumt, insbesondere ist ihm eine gewisse Einflußnahme in der Preisbildung vorbehalten. Die Bergwerksbesitzer können aber die Bildung eines solchen Zwangs-kartells verhindern, wenn es ihnen gelingt, über 97 Prozent der Gesamtförderung des in Betracht kommenden Bezirkes auf dem Wege des freiwilligen Zusammenschlusses zu vereinigen — zum Zwecke des gemeinsamen Absatzes der Bergwerkserzeugnisse.

Die neue Verordnung ist also vorläufig nur eine Drohung für den Fall, daß das Kohlsyndikat nicht zustande kommt. Ob sie wirksam ist, wird die Zukunft lehren — um dem Zwangssyndikat mit Staatsaufsicht zu entgegen, wird sich schließlich mancher Außenleiter zum Anschluß an das bestehende Syndikat entschließen.

Die Maßregel des Bundesrats kann nur aus der Zeit, in der sie getroffen worden ist, verstanden

werden. Sie ist tatsächlich getroffen worden, um die Auflösung des Syndikats zu verhindern, die Form, in der sie aber getroffen worden ist, läßt die Selbständigkeit des Kohlsyndikats, wenn es sich nur wieder freiwillig bildet, vollständig unangetastet, läßt ihm insbesondere volle Freiheit in der Preisbildung, die bisher durchaus vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus erfolgt ist, sichert damit eigentlich die Rechte der einzelnen Besitze, die nur durch den Bestand des Syndikats in diesem Umfange möglich ist. Trotzdem aber besteht Grund genug, eine gewisse Genugtuung über die Verordnung des Bundesrats zu empfinden. Die Frage der Einflusnahme des Staates auf die mächtigen Kartelle ist damit einmal ange-schnitten. So wie die Verordnung lautet, wird sie wenig Verdrüssung hervorrufen, aber eben diese Tatsache wird den Reichstag früher oder später veranlassen müssen, sich mit dieser Materie ernstlich zu befassen, um zu einer Lösung zu kommen, die im Interesse der Gesamtheit liegt — also auch die Interessen der Verbraucher wahrnimmt. Darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die Zeit der freien Konkurrenz für den Kohlenbergbau vorbei ist. Es gilt aber den gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenstoß, den das Kohlsyndikat darstellt, auf eine breitere Grundlage zu stellen, es herauszuheben aus seiner rein privatwirtschaftlichen Interessensphäre und es zu einem wirklich national-solidarischen Gebilde zu gestalten, das in die Bedürfnisse der Gesamtheit sich einfügt. Der Krieg hat schon gewaltige Organisationsarbeit geleistet, hoffen wir, daß er auch hier schafft, was der Friedenszeit zu vollbringen ver-sagt war.

### Vom Krieg

#### Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 20. Juli, vormittags. (W.L.B. Amtlich.)

##### Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Anschluß an eine Minessprengung bei Schloß Hooge östlich von Ypern setzten die Engländer beiderseits der Straße Hooge-Ypern zum Angriff an. Der Angriff brach vor unseren Stellungen zusammen. Teilweise kam er in unserem Artilleriereigen gar nicht zur Durchführung. Den Spreng-trichter haben die Engländer besetzt.

Bei Souhez wurden Handgranatengriffe abge-schlagen.

Nach lebhafter Feuerartillerie ihrer Artillerie in der Gegend von Albet verhielten die Franzosen abends einen Vorstoß gegen unsere Stellungen bei Fricourt. Sie wurden zurückgeschlagen.

##### Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Kurland wurden die Russen bei Grof-Schwarden, östl. Tukum, bei Grünvorsu, Usingen zurückgedrängt. Auch östlich Kurl-schan wird der Gegner vor unserem Angriff.

Nördlich Nowogrod (am Arew) bemächtigten sich die deutschen Truppen feindlicher Stellungen nördlich des Zusammenflusses der Wähe Skroda und Pija. Neu eingetroffene Landsturmmatrassen, die hier zum ersten Mal ins Feuer traten, zeichneten sich besonders aus.

Nördlich der Skwa-Mündung erreichten wir den Arew, die auf dem nordwestlichen Flußufer gelegenen kländigen Befestigungen von Ostro-lentka wurden besetzt.

Östlich der Weichsel sind unsere Truppen bis zur Dlonie-Gröjez-Stellung vorgeedrungen. Bei Nachhützkämpfen verloren die Russen hier 560 Ge-fangene und zwei Maschinengewehre.

##### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die deutschen Landwehr- und Reservetruppen des Generalobersten von Borsch haben den über-legenen Feind aus der IZanka-Stellung abge-zogen. Alle Gegenstände eiligst herange-führter russischer Reserven wurden abgewiesen, Ueber 5000 Gefangene fielen in deutsche Hand. Unsere Truppen sind dem geschlagenen Feind auf den

Ferjen. Kavallerie erreichte bereits die Bahn Ra-dom-Zwangorod.

Zwischen oberer Weichsel und dem Bug folgen wir dem zurückweichenden Feinde.

Oberste Heeresleitung.

### Der Krieg zur See.

#### Eine Note der Vereinigten Staaten an England.

London, 20. Juli. (W.L.B. Nicht amtlich.) Das Reiterische Büro verbreitet folgende Meldung der Times aus New York: Die Vereinigten Staaten haben eine Note an Großbritannien gerichtet, in der sie darauf bestehen, daß die Rechte der amerikanischen Bürger gemäß dem Völkerrecht anerkannt werden müssen und durch britische Kabinettsordere und ähnliche Verfügungen nicht angetastet werden dürfen. Die Vereinigten Staaten weigern sich, die Urteile der Briensgerichte, soweit sie mit dem Völkerrecht in Widerspruch stehen, anzuerkennen.

#### Verschiedene Kriegsnachrichten.

##### Bereinbarung über die Befestigung der Gefangenen-lager.

Kopenhagen, 20. Juli. (W.L.B. Nicht amtlich.) Nikaus Büro. Vor einiger Zeit erhielt das dänische Rote Kreuz von dem Roten Kreuz in Petersburg die Aufforderung, Unterhandlungen mit Berlin darüber einzuleiten, daß ein Abgesandter des dänischen Roten Kreuzes, wenn möglich in Begleitung einer russischen barmherzigen Schwester, die Kriegsgefangenenlager Deutsch-lands, in denen sich Gefangene russischer Nationalität befinden, besuchen dürfe. Der Leiter der bei dem dänischen Roten Kreuz bestehenden Abteilung für Kriegsgefangene, Konferenzrat Dithmer, setzte sich mit den deutschen Behörden in Verbindung und erhielt die Antwort, daß das preussische Kriegsministerium der Anregung zustimme und der Bedingung, daß gleichzeitig ein solcher Abgesandter die deutschen Gefangenen-lager in Russland besucht und zwar sollen wegen der Ausdehnung Russlands dorthin 3 Abgesandte geschickt werden. Dies wurde den russischen Behörden vorgelegt und vom russischen Kriegsmini-sterium angenommen unter der Bedingung, daß auch nach Deutschland drei Abgesandte geschickt werden. Da das preussische Kriegsministerium damit einverstanden ist, wird der Plan nunmehr durchgeführt. Nach Russland entsendet das dänische Rote Kreuz den Kapitän J. S. G. Drechsel, Oberst E. Meyer und Oberst G. Müng, nach Deutsch-land den Konsul Eric Genius, Korvettenkapitän A. D. C. vom Späth und Korvettenkapitän R. Doermoes.

##### Lebensmittelpreise in Frankreich.

London, 20. Juli. (W.L.B. Nicht amtlich.) Eine Meldung der Times aus Paris führt an, daß die Preise der Lebensbedürfnisse in Frankreich mindestens um 30 Prozent höher sind als in Eng-land. Ein Pfund Fleisch kostet danach 1.75-2.50 Francs, Butter 2.50-3.00 Francs, frische Eier 25 Centimes das Stück. Auch Gemüse und Obst sind infolge des Mangels an Arbeitern teuer.

##### Zerrüttung im russischen Heere?

Köln, 19. Juli. (Gen.-Anz.) Reisende aus Inner-Russland bringen den Eindruck, daß die Zerlegung des russischen Heeres hinter der Front Fortschritte mache und wahrscheinlich durch Werber der Sozialisten und Militärischen im Heere selbst in hohen und niederen Stellungen gefördert werde.

Vern, 20. Juli. (W.L.B. Nicht amtlich.) Der Bund beklagt den Uebelstand, daß die krieg-führenden Staaten den Briefverkehr nach Uebersee der Zensur unterworfen haben. Sogar geschlossene Postkäden würden in Besançon, Bologna usw. geöffnet. Beschwerden der Oberpost-direktion und der Diplomatie blieben ohne Erfolg.

Lyon, 20. Juli. (W.L.B. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung des Nonwelliste aus Paris führt kraft der Dekrete Unterstaatssekretär Thomas den Titel Unterjarktssekretär der Ar-tillerie und Munition. Außer dem Artilleriewesen liegt ihm auch die Leitung der Vertorgung mit Pulver und Explosivstoffen und besonde-ren Munitionsstoffen und die Leitung des Geniewesens und der Luftschiffahrt ob.

Paris, 20. Juli. (W.L.B. Nicht amtlich.) Der Temps meldet, die französische Regierung habe an-geordnet, daß alle Wehrpflichtigen, die sich bisher dadurch der Wehrpflicht entzogen, daß sie sich nicht in die Stammsolle eintragen ließen, zwangswelse den Militärbehörden vorgeführt und im Falle der Diensttauglichkeit unverzüglich ausge-bildet werden sollen.

